



Vergabeverfahren **Forstliche Dienstleistungen**

Vergabenummer **2026-002**

Vordrucke für das Angebot

Inhalt

Vordruck 1 – Unternehmensdarstellung / Firmenprofil	2
Vordruck 2 – Eigenerklärung zur Eignung und Zuverlässigkeit	4
Vordruck 3 – Nachunternehmen / Kapazitäten Dritter	10
Vordruck 4 – Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	12
Vordruck 5 – Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	13
Vordruck 6 – Eigenerklärung EU-Sanktionen	15
Vordruck 7 – Eigenerklärung Subventionen	17

Vordruck 1 – Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

<input type="checkbox"/>	Einzelbieter
<input type="checkbox"/>	Bevollmächtigte Vertreter einer Bietergemeinschaft
<input type="checkbox"/>	Mitglied einer Bietergemeinschaft
<input type="checkbox"/>	Nachunternehmen des Bieters / der Bietergemeinschaft
<input type="checkbox"/>	Sonstiges eignungsverschaffendes Unternehmen

Firmenname und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon / E-Mail) (Hinweis: die Kommunikation erfolgt über das Vergabeportal):	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Gesellschafterverhältnisse:	
Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers (sofern Unternehmen <u>nicht</u> börsennotiert):	
Umsatzsteuer ID Nummer:	
Handels-/Vereinsregisternummer, Registergericht:	
Unternehmensgröße (KMU oder Großunternehmen) in Anlehnung an Artikel 2 des Anhangs zur Empfehlung 2003/361/EG:	<input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen <input type="checkbox"/> Großunternehmen
Hauptsitz des Unternehmens:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	
Gründung des Unternehmens:	

(Seite 2 der Unternehmensdarstellung / Firmenprofil)

Ausfüllhinweise:

- 1) Als Definition des Begriffes „wirtschaftlicher Eigentümer“ kann der Begriff des „wirtschaftlich Berechtigten“ nach § 3 Geldwäschegesetz herangezogen werden.
- 2) Die entsprechenden Definitionen der Unternehmensgröße sind angelehnt an Artikel 2 des Anhangs zur Empfehlung 2003/7361/EG (Amtsblatt der EU L 124/36 vom 20. Mai 2003). Informationen zur Berechnung der Beschäftigtenzahlen bzw. der finanziellen Schwellenwerte sind unmittelbar der v. g. Empfehlung zu entnehmen.
 - Kleinstunternehmen (weniger als 10 Personen und Jahresumsatz/-bilanz weniger als 2 Mio. Euro)
 - Kleines Unternehmen (weniger als 50 Personen und Jahresumsatz-bilanz weniger als 10 Mio. Euro)
 - Mittleres Unternehmen (weniger als 250 Personen und Jahresumsatz weniger als 50 Mio. Euro bzw. Jahresbilanzsumme weniger als 43 Mio. Euro)
- 3) Sofern es sich um das Angebot einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf mehrfach (etwa für Nachunternehmen oder Mitglieder einer Bietergemeinschaft) eingesetzt werden.

Vordruck 2 – Eigenerklärung zur Eignung und Zuverlässigkeit

Name des erklärenden Unternehmens: _____

- ☐ Einzelbieter
- ☐ ~~Bevollmächtigte Vertreter einer Bietergemeinschaft~~
- ☐ Nachunternehmen des Bieters ~~/ der Bietergemeinschaft~~
- ☐ Sonstiges eignungsverschaffendes Unternehmen

1. Eintragung in das Berufs-, Handels-, Vereins-, Partnerschafts- oder Genossenschaftsregister oder Register gleichwertiger Art - je nach Rechtsform und Eintragungspflicht - ihres Sitzes oder Wohnsitzes

- ☐ Ich bin/ Wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufs-, Handelsregister etc. verpflichtet.
- ☐ Ich bin/ Wir sind eingetragen bei: _____
- ☐ Ein Handelsregistrauszug oder ein entsprechender Auszug ist dem Angebot beigelegt. (sofern vorhanden) Aktualität des Auszugs: Nicht älter als ein halbes Jahr gerechnet ab den Tag der Veröffentlichung.

2. Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

- ☐ Ich bin/ Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft: _____
unter Nummer: _____
- ☐ Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers vorlegen.

3. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

(Seite 2 der Eigenerklärung zur Eignung und Zuverlässigkeit)

4. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben. Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkassenbescheinigung) sowie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen vorlegen, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

5. Angabe, dass keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt

Ich/ Wir versichere(n) hiermit, dass keine schweren Verfehlungen* vorliegen, die meine/ unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellen bzw. Verfehlungen vorliegen, die meinen/ unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen oder zu einem Eintrag in das Wettbewerbsregister* führen könnten. Mir/ Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/ unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle / das Wettbewerbsregister nach sich ziehen kann.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB* vorliegen.
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister/Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wiederhergestellt wurde.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – LkSG vorliegen.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 22 LkSG vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wiederhergestellt wurde

(Seite 3 der Eigenerklärung zur Eignung und Zuverlässigkeit)

Hinweis: Sofern Sie sich in einer der o.g. Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes Ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen. Zu diesem Zweck weisen Sie gem. § 125 Abs. 1 GWB nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung / dem Angebot beizufügen.

Ich bin mir/ Wir sind uns bewusst, dass eine im Vergabeverfahren abgegebene vorsätzlich unzutreffende Erklärung in Bezug auf meine/ unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zum Ausschluss aus diesem Vergabeverfahren führen kann.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

(Ort, Datum, Unterschrift)

(Bei elektronischen Angeboten über die Vergabepattform reicht der Name des Erklärenden, d.h. die Firma inkl. Rechtsform bzw. Name des/der Unternehmers*in, sofern keine Handelsgesellschaft)

Verfehlungen*

Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u.a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung – auch im geschäftlichen Verkehr – oder Vorteilsgewährung,
- das Anbieten Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, wie Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

(Seite 4 der Eigenerklärung zur Eignung und Zuverlässigkeit)

Wettbewerbsregister*

Genauere Regelungen, wann es zu einem Eintrag kommt, finden sich in § 2 WRegG.

Darunter fallen insbesondere folgende Aspekte:

1. rechtskräftige und strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle, wegen folgender Straftaten:
 - Straftaten, die in § 123 GWB aufgeführt worden sind
 - Steuerhinterziehung nach § 370 der Abgabenordnung
 - Betrug nach § 263 StGB
 - Subventionsbetrug nach § 264 StGB
 - Vorenthalten oder Veruntreuen von Arbeitsentgelt nach § 266a StGB
 - wettbewerbsbeschränkende Abreden bei Ausschreibungen nach § 298 StGB
2. rechtskräftige und strafgerichtliche Verurteilungen, Strafbefehle und Bußgeldentscheidungen wegen Verstößen gegen:
 - das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz
 - das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
 - das Mindestlohngesetz
 - das Arbeitnehmer-Entsendegesetz
 - das dritte Buch des Sozialgesetzbuches

Für diesen zweiten Fall gelten jedoch gewisse Voraussetzungen. Ein Eintrag erfolgt hier nur, wenn eine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten, eine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder eine Geldbuße von mindestens 2.500 Euro festgelegt wurde. Außerdem muss eine Unternehmensverantwortlichkeit vorliegen und nachweisbar sein und die Verstöße müssen von einer Person mit Leitungsbefugnis während des Geschäftsverkehrs begangen worden sein.

§§ 123, 124 GWB* lauten:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),

(Seite 5 der Eigenerklärung zur Eignung und Zuverlässigkeit)

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder

2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 GWB Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

(Seite 6 der Eigenerklärung zur Eignung und Zuverlässigkeit)

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Abs. (2) Betrifft Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c des Aufenthaltsgesetz, § 19 des Mindestlohnengesetz und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, sofern der Anwendungsbereich des § 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (u.a. mind. 3.000 Mitarbeiter im Inland) eröffnet ist.

Ausfüllhinweise:

Sofern es sich um das Angebot einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf mehrfach (etwa für Nachunternehmen oder Mitglieder einer Bietergemeinschaft) eingesetzt werden.

Vordruck 3 – Nachunternehmen / Kapazitäten Dritter

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Einsatz von Nachunternehmen

- ☐ Es werden keine Nachunternehmen eingesetzt.
- ☐ Es werden Nachunternehmen eingesetzt.

Art des Nachunternehmereinsatzes

- ☐ Einsatz von Nachunternehmen OHNE Eignungsleihe (d.h. der Bieter ist selbst geeignet und nutzt Nachunternehmen nur zur Leistungserbringung)
- ☐ Einsatz von Nachunternehmen MIT Eignungsleihe (d.h. der Bieter nutzt die Kapazitäten des Nachunternehmens zum Nachweis seiner Eignung)

Angaben zu Nachunternehmen (nur auszufüllen, wenn oben „ja“)

lfd. Nr. _____ ☐ mit / ☐ ohne Eignungsleihe

Name des Nachunternehmens:

Anschrift:

Leistungsbereich:

Umfang der Leistung (z.B. Anteil / Tätigkeit)

lfd. Nr. _____ ☐ mit / ☐ ohne Eignungsleihe

Name des Nachunternehmens:

Anschrift:

Leistungsbereich:

Umfang der Leistung (z.B. Anteil / Tätigkeit)

Eignungsleihe (nur wenn zutreffend)

Ich / wir berufen uns auf die Kapazitäten des oben genannten Unternehmens für:

- ☐ technische Leistungsfähigkeit
- ☐ wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
- ☐ Referenzen

Folgende Nachweise werden durch dieses Unternehmen erbracht:

Verpflichtungserklärung

- ☐ Eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens ist beigelegt.

Ausfüllhinweise: Sofern der vorhandene Platz nicht ausreicht, kann der Vordruck kopiert und mehrfach verwendet werden.

- ☐ Ich / wir bestätigen, dass die vorstehenden Angaben vollständig und zutreffend sind.

Vordruck 4 – Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Hinweis:

Die nachfolgenden Angaben dienen ausschließlich dem Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignung).

Die konkrete Ausgestaltung der Leistungserbringung, (insbesondere eingesetzte Maschinen, Kapazitäten und Organisation je Los), ist im Leistungsverzeichnis darzustellen.

Name des erklärenden Unternehmens:

--

1. Referenzen

Bitte benennen Sie mindestens **eine vergleichbare Referenzleistung** aus den letzten drei Jahren.

Auftraggeber	
Leistungszeitraum	
Art der Leistung	
Umfang (z.B. Festmeter)	

2. Allgemeine Maschinen- und Geräteausstattung

Hiermit bestätige ich/wir, dass für die Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen grundsätzlich geeignete Maschinen und Geräte (insbesondere Harvestersysteme und Forwarder) zur Verfügung stehen.

☐ ja

3. Personal

Hiermit bestätige ich/wir, dass ausreichend qualifiziertes Personal für die Durchführung der Leistungen zur Verfügung steht.

☐ ja

4. Erklärung zur Leistungsfähigkeit

Hiermit bestätige ich/wir, dass die personellen und technischen Kapazitäten grundsätzlich ausreichen, um die ausgeschriebenen Leistungen ordnungsgemäß auszuführen.

☐ ja

Vordruck 5 – Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG)

Ich erkläre/ Wir erklären,

- ☐ dass meinen/ unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gem. § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
- oder
- ☐ mein/ unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedsstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

dass ich mir/ wir uns

- ☐ von einem von mir/ uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/ lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
- oder
- ☐ von einem von mir/ uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/ lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

- dass ich mich verpflichte/ wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedsstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/ Wir sind uns bewusst,

- dass mein/ unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/ unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/ unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schulhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schulhaften Verstoß meines/ unseres Unternehmens sowie der von mir/ uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
- den Ausschluss meines/ unseres Unternehmens und die von mir/ uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,

(Seite 2 Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt)

- mein/ unser Unternehmen oder die von mir/ uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/ können,
- der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/ wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/ haben.

Ort, Datum

Name, Vorname der erklärenden Person
(in Druckbuchstaben)

(Unterschrift)

Vordruck 6 – Eigenerklärung EU-Sanktionen

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
- d) Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
- e) 3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine **als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

_____, den _____

(Seite 2 Eigenerklärung EU-Sanktionen)

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich - wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt -, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten - den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung - bis zum 10. Oktober 2022 - von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Vordruck 7 – Eigenerklärung Subventionen

Eigenerklärung zur VERORDNUNG (EU) 2022/2560 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 14. Dezember 2022 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen

Diese Eigenerklärung ist nur bei erhaltenen drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen nach Art. 27 einzureichen.

Hiermit erkläre(n) ich/wir,

- ☐ die von mir/uns erhaltenen drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen unterliegen keiner Meldepflicht nach Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b. Die erhaltenen Zuwendungen sind in der Auflistung aufgeführt.

☐ die von mir/uns erhaltenen drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen erfüllen die Bedingungen für die Meldung finanzieller Zuwendungen gemäß Artikel 28 Absätze 1 und 2 und unterliegen der Meldepflicht nach Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b. Die erhaltenen Zuwendungen sind in der Auflistung aufgeführt.

Auflistung der erhaltenen drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen nach Art. 27	
Angabe der Zuwendung	Betrag in Euro

Liste ggf. fortführen

Die Verordnung ist unter dem nachfolgenden Link abrufbar:
eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022R2560